

Frauen gibt, die bereit sind, sich voll zu engagieren und ihre Erfahrungen aus der Praxis einzubringen. Gerade deshalb wäre es gut gewesen, wenn sich mehr Bischöfe die Zeit genommen hätten, beim Kongreß dabeizusein und sich auf das Gespräch einzulassen. Immerhin bekräftigte der Rottenburger Weihbischof *Franz-Josef Kubnle* in einem geistlichen Wort bei der Schlußveranstaltung, die Bischöfe müßten hören lernen, und rief den Teilnehmern des Kongresses zu, sie sollten den Bischöfen „Sprachunterricht“ geben.

Daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, gilt auch

für ein solches Treffen. Schließlich war es auch nicht seine Aufgabe, ein umfassendes neues Aktionsprogramm für die Glaubensvermittlung in der Bundesrepublik zu entwerfen. Der Freiburger Kongreß hat aber zweifellos dazu beigetragen, die Herausforderungen ins Bewußtsein zu heben, vor denen die Bemühungen um Weitergabe des Glaubens stehen, und er hat deutlich gemacht, daß es weniger auf möglichst perfekte Formen und Methoden als auf die Konzentration auf die Grundgestalt des Glaubens und auf den persönlichen, gemeinsamen Einsatz ankommt.

Ulrich Rub

Um den Glauben steht es besser als um die Religionsfreiheit

Zu einem Osteuropa-Symposion in Wien

Das Thema „Religionsfreiheit, Menschenrechte, Entspannung“ konnte für ein zweitägiges Symposion bestenfalls eine Überforderung sein. Selbst wenn die Fragestellung auf das kommunistisch regierte Osteuropa beschränkt blieb (China und der ganze ostasiatische Raum wurden ausgeklammert), ließ sich kaum vermuten, daß über die Religionsfreiheit und deren Unterdrückung hinaus allgemein Aufschluß über den Stand der Menschenrechte – und sei es auch nur in dem sowjetisch geführten Teil der Welt gegeben werden könnte. Und der Zusammenhang von Menschenrechts- und Entspannungspolitik wird in letzter Zeit ohnehin wieder meist übergangen, weil eine wirklich konsequent auf den Menschenrechten aufbauende Politik nicht nur die westliche Führungsmacht in Verlegenheit brächte, sondern im Verhältnis zum Osten jede Politik der Entspannung über Nacht unmöglich machen könnte. Der gerade aus dem Amt scheidende österreichische Bundeskanzler *Bruno Kreisky*, der sich in besonderer Weise des letzteren Punktes anzunehmen hatte, eröffnete seine Ausführungen nicht zufällig mit der nicht einmal zynisch gemeinten Feststellung: er glaube nicht, daß es diesbezüglich im Augenblick eine Entwicklung gebe, die ein Referat über Menschenrechte und Entspannung rechtfertigte.

Eine gedankliche Dynamik von Seltenheitswert

Die Erwartungen in das von der Osteuropa-Abteilung des ORF unter persönlichem Engagement des Generalintendanten *Gerd Bacher* am 18./19. Mai im Wiener Fernsehzentrum des Österreichischen Rundfunks für Vertreter des gehobenen Journalismus organisierte Symposion waren auch deswegen nicht sonderlich hochgeschraubt, weil das Programm wie ein schlecht konstruierter Tagungszwitzer aussah: hier die „Länderberichterstatte“ aus den diversen auf Ost- und Südosteuropa spezialisierten Institute (Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; Südostinstitut, München; Keston

College, London) mit ihren ausholenden Referaten, dort die Politiker mit ihren auf die internationale Politik, speziell auf die Ost-West-Spannung bezogenen Statements, zwischen denen ein produktiver Zusammenhang nur schwer herzustellen sein würde. Die Gesamtkonstruktion der Tagung wäre vielleicht problemlos gewesen, hätte man Referate und Diskussionen, wie es der Untertitel des Tagungsprogramms „Ost- und Südosteuropa seit der Konferenz von Helsinki“ vorsah, konsequent auf die Zeit nach der KSZE-Konferenz (1974) beschränkt. Der Frage nachzugehen, wie Menschenrechtspolitik und Entspannung gerade in dieser Zeit aufeinander gewirkt haben, wäre trotz des erwarteten Minimalertrags nicht ohne Faszination gewesen. Doch die meisten Länderberichterstatte begannen ab ovo in der unmittelbaren Nachkriegszeit oder im Falle der Sowjetunion gar bei 1917. Da jedoch der wohl als Gegenpart zu Kreisky vorgesehene ehemalige englische Premierminister *Edward Heath* – wie es hieß des englischen Wahlkampfes wegen, Verehrung für Margaret Thatcher konnte es nicht sein – fernblieb, spielte Bruno Kreisky die Rolle des Weltpolitikers allein, und das brachte trotz Kreiskys einnehmender Rhetorik und grandios-widersprüchlicher Argumentation von selbst eine *Schwerpunktverlagerung* allein auf das Stichwort Religionsfreiheit oder genauer auf die Lage der Religionsgemeinschaften, ganz überwiegend der christlichen, innerhalb des Sowjetblocks.

Von hier aus immer wieder auch ausgreifend auf die Menschenrechtsproblematik insgesamt, entwickelte das Symposion freilich eine *Dynamik*, wie sie vergleichbare Veranstaltungen sonst selten zustande bringen.

Bereits die beiden Einleitungsreferate des Wiener Erzbischofs, *Franz Kardinal König*, und des in München im Exil lebenden, russischen Professors für mathematische Logik, *Alexander Sinowjew*, machten die Sache spannend. Der Kardinal, Mitstreiter des Symposions, und der Exilrusse widersprachen sich zwar nicht direkt, entwickelten aber im Blick auf die Stabilität und Wandelbarkeit des Sowjetsystems und der Einschätzung der Kirchen dort so

unterschiedliche Perspektiven, daß eine gründliche Auseinandersetzung mit den Grundpositionen der beiden Referenten für sich allein schon die ganze Zeit der Veranstaltung beansprucht hätte. Dabei war es nicht so, daß sich der Kardinal Illusionen gemacht hätte über die Entwicklungsfähigkeit des staatsatheistischen Systems der Sowjetunion hin zu größerer Freiheitlichkeit. König gebrauchte im Gegenteil einen geschichtlich sehr weitläufigen Vergleich: Wie sich der Grundsatz der Vertragspartner des Westfälischen Friedens „Cujus regio, ejus et religio“ allmählich gelockert und der vollen Religionsfreiheit Platz gemacht habe, so könne sich auch das Sowjetsystem langfristig lockern und nach und nach den Religionsgemeinschaften gegenüber mehr Toleranz zeigen. Aber Sinowjew machte den Kardinal nicht nur auf die Problematik des Zeitvergleichs aufmerksam: Zur Überwindung des *cujus regio* ... habe man die Aufklärung und Jahrhunderte gebraucht, während das Sowjetsystem „noch an seinem Anfang“ stehe. Darüber hinaus bezweifelte Sinowjew dessen Liberalisierungsfähigkeit *grundsätzlich*. Er sah den *Zusammenhang von marxistischer Ideologie, kommunistischem System und Sowjetgesellschaft* so eng („Der reale Kommunismus ist kein äußeres politisches Regime, das abgeworfen werden könnte, ohne das Land insgesamt zu zerstören ...“), daß auch der Freiheitsbegriff in West und Ost als völlig inkommensurable Größe erschien (das Ringen um Religionsfreiheit wäre demnach „nur eine besondere Form des Kampfes bestimmter Gruppen für ihre Interessen unter den Bedingungen der Abwesenheit der demokratischen Freiheiten ...“).

So eindrucksvoll die Desillusionierungspädagogik Sinowjews auf das westliche Publikum gewirkt hat, nicht zu übersehen war, daß er dabei einem ganz bestimmten Wissenschaftsverständnis (er analysierte soziale Prozesse beinahe wie Naturvorgänge) erlag und wie manche meinten, auch eine sehr russische Deutung von Religion gab: Wissenschaft (und Ideologie, die sich darauf beruft) = Vernunft; Religion – Seele, das war zu einfach. Imponierend, wenn auch hinterfragbar war allerdings Sinowjews Ideologiekritik: Ideologie als Begründungsfassade, die aber doch ganz anders als Religion (diese sei immer auch „Kreuz“) moralisch entlaste, und u. a. auch deshalb Zwang ertragen helfe und so das „System“ stabilisiere. Ein bißchen mehr von der Statik des Sowjetsystems meinte man nach Sinowjews Referat tatsächlich zu ahnen.

Die KSZE und die Heimatliebe des Papstes

Doch auch die übrigen Beiträge ließen kaum Langeweile aufkommen. *Bruno Kreisky*, von Krankheit gezeichnet und Pessimismus ausstrahlend, wandte am Nachmittag nicht weniger Energie auf als Sinowjew am Vormittag, um allfällige Illusionen, sofern solche noch vorhanden gewesen sein sollten, diesmal über *Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit einer Menschenrechtspolitik als Politik von Regierungen bzw. Staaten* zu zerstören. Dabei goß er seinen

Sarkasmus über Amerikaner (vor allem über die Carter administration) und die Sowjets („Der Widerstand der Bevölkerung hat kommunistische Regierungen noch nie davon abgehalten, über sie die Diktatur des Proletariats auszuüben“) gleichermaßen aus. Menschenrechtspolitik, so Kreisky, sei vielfach nur eine „façon de parler“. Er würdigte durchaus die zunehmenden Verdienste der Kirchen in diesem Punkt, meinte aber, generell seien Menschenrechte *bei Politikern* schlecht aufgehoben. Und nicht nur das, sondern: Menschenrechte seien „keine außenpolitische Kategorie“. Auf Einwände hin räumte allerdings auch er ein, daß nach der Carterschen Menschenrechtskampagne selbst die jetzige US-Regierung gegenüber Mittel- und Südamerika nicht mehr einfach so weitermachen könne, wie es in der Zeit vor Carter üblich war. Und zur KSZE von Helsinki, deren „Körbe“ für Kreisky eigentlich nur ein Vorwand waren, um darüber hinwegsehen zu können, daß gerade in Helsinki der Status quo im Osten festgeschrieben wurde, meinte er dann doch: wenn beispielsweise die Sowjets nicht in Polen einmarschiert seien, müsse man das auch auf das Ergebnis von Helsinki zurückführen. Im übrigen müsse man – eine Anspielung auf die zweite Papstreise nach Polen – dem Papst dankbar sein, daß er „seine Heimatliebe immer wieder so praktiziert, wie er es tut“.

Polen war übrigens ein weiterer Punkt, dem innerhalb des Symposiums eine besondere Aufmerksamkeit galt und der sich nicht einfach unter ferner liefen in dessen Gesamtprogramm einfügen ließ. Um der überaus komplizierten und wenig hoffnungsvollen Situation dort zu Leibe rücken zu können, wurden am nächsten Vormittag gleich drei Referenten zur „polnischen Frage“ aufgeboten: der Publizist, Schriftsteller und ehemalige ZNAK-Abgeordnete *Stefan Kisielewski*, der, weil er kein Ausreisevisum erhielt, seinen Beitrag nur per TV-Cassette vermitteln konnte; der in Berlin lehrende Historiker und langjährige Osteuropa-Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“, *A. B. Osadczuk-Korab*, und der in Fribourg lebende Exilpöple Prof. *Bogdan Cywinski*.

Kisielewski war dabei wohl nicht nur aus den besonderen Umständen heraus, sondern aus Überzeugung der Behutsamste. Er arbeitete am deutlichsten die *Kontinuität im Verhältnis Kirche und Staat* in Polen auch unter kommunistischer Herrschaft heraus: Schon nach dem Krieg habe das Leben in Polen – besonders angesichts der Ost-West-Umsiedlung – nicht ohne die Kirche organisiert werden können. Praktisch habe es immer eine Zusammenarbeit von Kirche und Staat in dem Land gegeben, in dem „Katholizismus nie nur Religion, sondern immer Symbol der Einheit und Existenz Polens ist“. Kisielewski beschrieb vorsichtig die besondere Verantwortung der Kirche in einer Situation, in der die Regierung Angst vor der Gesellschaft, aber auch vor der UdSSR habe. Hinter seinem Plädoyer für „Reformen, die Moskau erlaubt“, und für eine „Finnlandisierung“ Polens, „aber mit Erlaubnis Moskaus“ stand deutlich die Erfahrung der *Solidarność*-Zeit (*Solidarność* habe auch kein „strukturiertes

ökonomisches Programm“ gehabt) und die des Kriegsrechtszustandes seit dem 13. Dezember 1981.

Osadcuk-Korab sprach am nachdrücklichsten von der gegenwärtig sichtbar werdenden *Delegierung der Macht der Kirche nach Rom* und den Problemen, die sich daraus für Primas Glemp ergeben („Wie soll sich Glemp zwischen dem verstorbenen Wyszyński und dem regierenden Papst profilieren?“), und verwies zugleich auf die möglichen Folgen des Papstbesuches (von dem Osadcuk meinte, nicht alle wollten ihn, und von dem Kisielewski sagte, alle hätten vor ihm Angst): Der Papst könne die Isolierung Polens durchbrechen und zugleich das Militärregime wieder salonfähig machen.

Cywinski, der von allen dreien am unmittelbarsten Solidarność verpflichtet war, ließ auch am spürbarsten, wenn auch nur indirekt, *Kritik an der hierarchischen Führung der Kirche* Polens erkennen: die Seelsorge der 10 000 Pfarrer in Polen und deren Position seien wichtiger als Deklarationen der Bischöfe. Er war es auch, der am nachdrücklichsten Widerstand erkennen ließ: die Regierung habe dem Volk den Krieg erklärt, das sei kein Übergangspänomen, sondern eine *Zäsur* und keine Kontinuität mehr; ein Dialog sei hilfreich, wenn er redlich geführt werde, dies aber sei „nicht möglich“.

Kommunistische Religionspolitik und die Strategiefrage

Die „polnische Frage“ war zugleich Überleitung zum eigentlichen Thema, zu den Berichten über die *Lage der Religionsgemeinschaften in den verschiedenen kommunistisch beherrschten Ländern*. Auch wenn dies der unspektakulärste Teil des Symposions war, machte er doch dessen eigentliche Substanz aus. Allerdings litt die Gesprächsatmosphäre darunter, daß mit Ausnahme Jugoslawiens und eines Bischofs aus Ungarn keine Vertreter aus kommunistischen Ländern selbst da waren und die miteingeladenen Korrespondenten „östlicher Zeitungen“ einschließlich der Moskauer „Prawda“ in der Diskussion nicht in Erscheinung traten, überdies gab es eine zu große Vielzahl von verkürzt vorgetragenen Referaten. Und es blieben dennoch mehr oder weniger große Lücken: Nur für die Sowjetunion standen zwei Referenten, der eine, der Leiter des Keston College, *Michael Bourdeaux* für die orthodoxe, und *Gerhard Simon* (Ostwissenschaftliches Institut Köln) für die katholische Kirche (Baltische Länder, Ukraine) zur Verfügung. Im Ungarnbericht fehlte jeder Hinweis auf den protestantischen Bevölkerungsteil, insgesamt kam auch die *Orthodoxie* eher zu kurz, was bei einer vorwiegend *katholisch* geprägten Veranstaltung verständlich, wenn auch nicht unbedingt gut war. Und der *Islam* fehlte, was ein Schweizer Kollege gegen Schluß monierte, fast völlig.

Auch hatte, wie nicht anders zu erwarten, fast jeder Referent nicht nur seine subjektiven, sondern auch seine länderbezogenen Einseitigkeiten: So problemlos, wie es *Wolf Oschlies* (Köln) darstellte, dürfte auch in der Nachstalin-

zeit selbst das Verhältnis der bulgarischen Orthodoxie zur kommunistischen Staatsführung nicht sein. Und wenn sich das Klima dort auch insgesamt eher entspannt hat und Anzeichen einer, wenn auch sehr begrenzten inneren Liberalität nicht zu leugnen sind, so profitieren die Minderheitenkirchen, voran die Katholiken, davon nur minimal. Und ein katholischer Referent hätte das Wort von der „Kirche im Sozialismus“ als Definition des Selbstverständnisses der evangelischen Kirche in der DDR wohl kaum so unkommentiert gebraucht wie *Reinhard Henkys* (Berlin).

Und schließlich drängten die verschiedenen „Länderberichte“ das Referat von *Hansjakob Stehle* (Rom) über die Vatikanische Ostpolitik als letzten Punkt des Programms ziemlich an den Rand: Dabei hätte Stehles auffallend defensiv vorgetragene Grundthese von der im Grunde *bruchlosen Kontinuität* „päpstlicher Pastoralpolitik“ gerade im Blick auf die beiden Päpste Paul VI. und Johannes Paul II. (vgl. dazu auch ds. Heft, S. 310) zu weiteren Fragen herausgefordert.

So mußte naturgemäß vieles offenbleiben, dennoch ergaben die „Länderberichte“ und das Symposion insgesamt in *zwei Punkten* ein klares Bild: Nicht nur die *Situation der Religionsgemeinschaften* (christlichen Kirchen) ist je nach eigener Stärke von Land zu Land höchst unterschiedlich, sondern die *sowjetische Religionspolitik* paßt sich dieser Unterschiedlichkeit je nach Interessenlage durchaus an. Und: die Frage nach dem Fortbestehen von Kirche und Religion ist, wie immer das Stichwort von der „religiösen Erweckung“ in kommunistischen Ländern gedeutet werden kann, dort wieder zu einer Frage geworden, die auch die kommunistische Seite zu neuen Überlegungen zwingt.

Zwischen dem Hammer des Gewissens und dem Amboß der Sowjetregierung

Daß die religions- und kirchenpolitische Situation im kommunistisch regierten Osteuropa nicht einfach uniform ist, ist seit jeher bekannt. Aber in so kurzer Zeit von verschiedenen Seiten beleuchtet, wurden die vielen Facetten doch deutlicher. Man konnte in dieser Verdeutlichung sogar das besondere Verdienst des Symposions sehen.

Schon *innerhalb der Sowjetunion selbst* ist die Lage weder vom Regime noch von den Kirchen her gesehen einheitlich: Die Russisch-orthodoxe Kirche ist zwar in ihrem Wirkungsbereich äußerst beengt, praktisch auf den kirchlichen Kult beschränkt und in dem, was sie tut, fast total von den staatlichen Kirchenbehörden kontrolliert. Aber sie hat, wenn auch auf immer weniger Gemeinden und Kirchengebäude beschränkt, sowohl die Verfolgungswelle unter Stalin wie die Unterdrückung zu Chruschtschows Zeiten überlebt. Die Verankerung in der Bevölkerung ist schmal geworden, die Kontrolle auch ihrer inneren Strukturen durch die staatlichen Kirchenbehörden ist fast perfekt, und natürlich werden ihre geduldeten Außenbeziehungen in den höheren Dienst sowjetischer politischer Interessen gestellt. Aber ist sie des-

wegen, wie es Sinowjew formulierte, einfach zu einer „sowjetischen Institution“ geworden? Auch Sinowjew leugnete nicht, daß die russisch-orthodoxe Kirche auch künftig eine Bedeutung haben werde, wenn auch nur eine geringe als ein Element innerhalb einer insgesamt neuen Entwicklung. Kardinal König hingegen sah in ihr eine innerlich geläuterte und – trotz der Abhängigkeit vom Staat – „bedeutende nationale Kraft, die das Interesse der jungen Generation wieder beansprucht“. Vielleicht traf Michael Bourdeaux die richtig Mitte, als er schilderte, wie auch russisch-orthodoxe Bischöfe „zwischen dem Hammer ihres Gewissens und dem Amboß der Sowjetregierung“ ihre Pflicht tun. Wer den sog. Furow-Bericht (vgl. HK, Mai 1982, S. 223 f.) liest, bekommt jedenfalls eine Vorstellung davon, wie unterschiedlich orthodoxe Bischöfe in ihrer „Loyalität“ gegenüber den Richtlinien der Partei von staatlicher Seite eingeschätzt werden.

Aber selbst eine verbotene Kirche, wie die nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsweise dem Moskauer Patriarchat unterstellte, mit Rom unierte ukrainische Kirche *slawischen Ritus* hat überlebt und führt heute trotz verschärfter Repressalien, Polizeiaktionen und Verhaftungen eine bemerkenswerte Untergrundexistenz. In der Westukraine gehören nach mehreren Schätzungen wenigstens 300 bis 350 Priester und drei geheim geweihte Bischöfe zu dieser Untergrundkirche, während im *südlichen Lettland* unter der umsichtigen Leitung des dieses Jahr zum Kardinal ernannten Bischofs *Julians Vaivods* der kirchliche Bestand im wesentlichen erhalten und teilweise konsolidiert werden konnte (Simon) und der Rückhalt der katholischen Kirche Litauens in der ganz überwiegend katholischen Bevölkerung des Landes ungebrochen erscheint. Es zeigt sich, daß selbst innerhalb der Sowjetunion, wenn nicht die kommunistische Ideologie so doch die in ihren Dienst gestellte politische Polizei unterschiedliche Wege gehen muß, um die Religionsgemeinschaften unter Druck zu halten.

Gläubige greifen zur Selbsthilfe

Außerhalb der Sowjetunion springen die Unterschiede noch mehr ins Auge: von *Polen*, wo Partei bzw. Staat und Kirche kooperieren *müssen*, über die *DDR*, wo trotz fehlender Freizügigkeit nach innen und außen, die Kirchen *relativ unabhängig* einen gewissen Freiheitsspielraum nutzen können bzw. innerhalb vom Staat gezogener Grenzen und der Loyalitätspflichten gegenüber der herrschenden SED und der von der Sowjetunion diktierten Interessen meist unbehelligt wirken können, solange sie nicht über gesellschaftliche Fragen (Erziehung, Wehrdienst, Friedensarbeit) mit der staatlichen Seite in Konflikt geraten, bis zur *ČSSR* (vgl. ds. Heft, S. 307), wo die staatlichen Kirchenbehörden vor allem die katholische Kirche und zwar auch durch Eingriffe von innen her – nicht zuletzt über der Partei gegenüber fügsame Priester in den Griff zu bekommen suchen und wo Religionsfreiheit nur noch anzutreffen ist als *nach sowjetischen Maßstäben begrenzte Kult- bzw. Gottesdienstfreiheit*.

Aber trotz aller Unterschiede der Situationen und einer entsprechend angepaßten staatlichen Religionspolitik gelten für alle kommunistisch regierten Länder (mit Einschränkungen sogar für Jugoslawien) *dieselben Grundbedingungen*: der Staat allein entscheidet, soweit möglich bis ins Elternhaus hinein über die *Erziehung*, die Erziehung zur Weltanschauung des wissenschaftlichen Atheismus sein muß, was immer darunter zu verstehen ist; es gibt für Christen keine volle Gleichberechtigung als Staatsbürger, staatliche Stellen voran im erzieherischen Bereich bleiben ihnen verschlossen, und soweit es sich um mit der Sowjetunion verbündete bzw. von ihr abhängige Länder handelt, gibt es Religionsfreiheit nur innerhalb der von Staat und Partei festgesetzten Grenzen. *Ziel* aller kommunistischer Staaten ist nach wie vor die Unterdrückung aller Religion. Auf dem Weg dahin verhandelt man dort, wo man verhandeln muß, wie in Polen, kontrolliert dort, wo Kontrolle politisch und technisch möglich ist, wie in Rumänien oder Bulgarien, und unterdrückt dort, wo man mit Unterdrückung weiterzukommen glaubt (ČSSR, Sowjetunion). Oder man versucht, wo Aussicht besteht, Bischöfe und Kirchenleitungen durch scheinbares Entgegenkommen möglichst an seine Seite zu ziehen und die Gläubigen zu isolieren. Praktisch sind die Kirchen nur in der DDR, in Polen und in Jugoslawien nach innen soweit frei, daß sie ihre eigenen Ämter vom Staat unabhängig besetzen können.

Doch alle diese Politiken scheinen trotz größten Aufwandes und trotz des Einsatzes von Strafgesetz und staatlicher Gewalt keinen ausreichenden Erfolg zu haben. Was vom Staat unterdrückt wird, findet nicht nur Rückhalt bei der Treue der Alten, sondern erregt in Grenzen auch wieder das Interesse junger Leute. Wo sie Fragen nach dem Sinn ihres Daseins umtreiben, verlangen sie wieder nach Antworten im religiösen Bereich; wo sie dem Zugriff der politischen Polizei entgehen können, suchen sie nach Wegen der *Selbstorganisation* und *Selbsthilfe* (siehe Samisdatliteratur). Neu gestellte religiöse Fragen vermischen sich mit der *Wiederbelebung alter Traditionen* (sogar die russisch-orthodoxe Einsiedlertradition der „*Starzen*“ gewinnt seit einigen Jahren wieder Gestalt und erhält da und dort auch Zulauf von der Bevölkerung). Und wo es zum Konflikt mit einer vom Staat abhängig gewordenen Hierarchie kommt, beginnen Gläubige *den Weg ihres Gewissens* zu gehen, ohne von sich aus mit der Kirche als Institution und Glaubensgemeinschaft zu brechen (in diesem Rahmen müssen auch die sog. Basisgemeinschaften in Ungarn gesehen werden). Oder sie scharen sich privat um Geistliche, die von Staats wegen ihr Amt nicht ausüben dürfen (sog. „*Geheimkirche*“ in der ČSSR) oder wehren sich durch *Eingaben an Behörden* (wie jüngst wieder in der Slowakei und in Litauen). Selbst im nicht sowjetisch beeinflussten *Albanien*, dessen Führung sich lange rühmte, das erste atheistische Land zu sein, scheint die Wiederbelebung religiösen Verhaltens nicht vorbeizugehen und wie der Albanien-Referent *Bernhard Tönnes* (München) berichtete, „mäßigte“ Enver Hodscha seinen Staatsatheismus erst vor Monaten mit der Bemerkung, ob ein Mensch

glaube oder nicht, sei Gewissenssache und nicht Sache von Hodscha, Despoten oder des Papstes.

Hoffnung auf einen noch fernen Punkt

So lautete denn das *unausgesprochene Fazit* in Wien: Die Hoffnung in die Lebensfähigkeit der Kirchen auch unter den Bedingungen kommunistischer Herrschaft ist *größer* als die Hoffnung auf die Verwirklichung echter Reli-

gionsfreiheit durch kommunistische Regierungen. Aber eines noch fernen Tages könnte das wieder gestärkte Selbstbewußtsein der Gläubigen und der Mißerfolg atheistischer Erziehung auch unter Kommunisten die Einsicht befördern, daß es im Sinne der Vernunft und der Staatsraison besser sei, Freiheit zu gewähren, als Kirche und Religion durch Spitzel und Polizei gefügig machen zu wollen. Diese Hoffnung bezog sich auf einen noch fernen Punkt, sie muß geschichtlich nicht unreal sein. *David A. Seeber*

„Der Widerstand ist selbstverständlicher geworden“

Ein Gespräch mit Franz Kardinal König

Anlässlich des Kolloquiums über „Religionsfreiheit, Menschenrechte, Entspannung“ (vgl. ds. Heft, S. 301) sprachen wir mit dem Erzbischof von Wien, Franz Kardinal König, über Fragen sowjetischer Religionspolitik und über mögliche Einflüsse, die vom Verhalten des Westens und auch des Vatikans auf die kommunistische „Binnenpolitik“ unterworfenen Kirche ausgehen. Gesprächspartner war David Seeber.

HK: Herr Kardinal, Sie haben, ermuntert durch Johannes XXIII. und wohl auch begünstigt durch die Lage Wiens schon zu einer Zeit Kontakte zu Mitbischöfen und auch zu staatlichen Stellen osteuropäischer Länder geknüpft, als von vatikanischer Ostpolitik – jedenfalls in einer breiteren Öffentlichkeit – noch kaum die Rede war. Was hat sich seither an der Lage der dortigen Kirchen geändert?

König: Geändert hat sich in diesen Jahren – vor allem äußerlich einiges: touristisch, in den Handelsbeziehungen, teilweise auch in den Kulturbeziehungen. Betrachte ich allerdings die Lage der Kirche, dann sind die Veränderungen gegenüber früheren Phasen nicht sehr ins Auge springend. Freilich früher glaubte man sich abgeschlossen, von der Kirche im Westen verlassen. Meine ersten Begegnungen und Kontakte haben mir das sehr deutlich gemacht ...

HK: Sehen Sie in der Milderung der Isolierung der Kirchen in den Ostblockländern, zu der sicher auch die Ökumene und für den katholischen Bereich das Zweite Vatikanum beigetragen haben, eine wesentliche Wirkung der Reisediplomatie in diese Länder?

König: Ich glaube schon, daß das eine wichtige Hilfe war, denn die erste Reaktion war immer: wir sehen, man hat uns nicht vergessen; wir spüren durch diesen Besuch, daß wir zusammengehören, daß uns der – damals immer wieder zitierte Eiserne Vorhang – glaubensmäßig nicht trennt. Und noch etwas ist hinzugekommen: Am Anfang herrschte noch ein großer Pessimismus. In der Zwischenzeit hat sich etwas mehr Zuversicht breit gemacht in diesen Ländern. Man hat die Erfahrung gemacht: Wir sind

zwar verfolgt und unterdrückt, aber wir halten aus; der Widerstand ist selbstverständlicher geworden.

HK: Wenn aber jetzt, wie vor wenigen Wochen geschehen, die litauischen Bischöfe, also Bischöfe aus einem Land der Sowjetunion selbst trotz eines spürbar verschlechterten Klimas zwischen dem Vatikan und Moskau, zum erstenmal ihren Ad-limina-Besuch bei Johannes Paul II. abstatten konnten und die Bischöfe dabei sogar die Hoffnung aussprachen, der Papst möge auch einmal Litauen besuchen, dann sind das doch Veränderungen nicht nur atmosphärischer Art?

König: Das ist sicher mehr als ein atmosphärischer Fortschritt. Vor zehn bis fünfzehn Jahren hätte man das sicher noch nicht für möglich gehalten. Aber da spielt auch die öffentliche Meinung eine große Rolle. Man war ursprünglich auf der östlichen Seite sehr besorgt, was es mit sich bringt, wenn man sich mehr öffnet, dem Tourismus zum Beispiel. Aber Touristen – ich spreche jetzt vom naiven Tourismus – haben dann festgestellt: es gibt volle Kirchen in Ungarn, in der ČSSR oder in Polen und selbst in der Sowjetunion. Diese Touristen kamen nach Hause und sagten: sie hätten weder ermordete Pfarrer noch gefolterte Nonnen, noch geplünderte Kirchen gesehen. Sie ließen sich vom Augenschein beeindrucken, ohne im geringsten den Hintergrund zu kennen ...

„Die öffentliche Meinung im Westen ist ein wesentlicher Faktor für die östlichen Machthaber“

HK: Es käme also auch darauf an, in der westlichen öffentlichen Meinung deutlich zu machen, daß eine begrenzte Kultfreiheit noch keine Religionsfreiheit ist?

König: Das ist ein wichtiger Punkt. Wenn ich z. B. an meinen letzten Moskau-Besuch denke: es war eine sehr feierliche Vesper in einer der orthodoxen Kathedralen; der Gottesdienst war äußerst beeindruckend; ich kann mir schon denken, daß der, der das sieht, dann sagt: es ist ja gar nicht so, wie man es uns hier sagt.